



## Nein zu Kürzungsdiktat und Kapitalismus! Für ein sozialistisches Europa!

**Am Sonntag 5. Juli ist es in Griechenland Zeit, Nein zum Kürzungsdiktat zu sagen. Nein zur undemokratischen, neoliberalen Politik der Merkel Regierung müssen wir hier und überall sagen. Eine Alternative zum Europa der Kürzungen und der Krise ist möglich!**

Seit ihrer Wahl wurde die griechische Regierung in den Verhandlungen mit IWF, EU-Kommission und EZB mit absoluter Kaltschnäuzigkeit behandelt. Diese Institutionen beharren auf ihrem Kurs des Sozialkahlchlags und verlangen weiterhin Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen, Arbeitsmarkt“reformen“ und Privatisierungen. Die deutsche Bundesregierung prägt diesen Kurs maßgeblich mit.

Außenminister Steinmeier sagte über den griechischen Ministerpräsident Tsipras, er würde das griechische Volk in „Geiselnhaft“ nehmen, weil er ein Referendum über die Sparvorschläge zulasse. In Wirklichkeit zwingt doch die Bundesregierung der griechischen Bevölkerung ihre kapitalistische Kürzungspolitik auf und spaltet Europa. Das bekommen auch Beschäftigte hier zu spüren: Bei der Post soll Niedriglohn eingeführt werden. Das Streikrecht soll mit dem Tarifeinheitsgesetz eingeschränkt werden. Eine Aufwertung von sozialen Berufen will die Bundesregierung verhindern.

Mit dem Krankenhausstrukturgesetz sollen Krankenhäuser privatisiert und Kliniken geschlossen werden.

Die Bundesregierung will die griechische Linksinregierung loswerden, damit für Menschen hier, aber auch in Ländern wie Spanien, Portugal oder Irland kein positives Beispiel gesetzt wird. Dabei haben die Beschäftigten in Griechenland, Deutschland, Spanien und anderswo mehr miteinander gemeinsam als mit dieser Regierung.

### „Nein“ darf nur der Anfang sein

Beim Referendum über das vorgeschlagene Sparpaket muss ein deutliches Zeichen gegen die Austerität in Europa gesetzt werden. Die griechische Regierung hat es aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung gegen die Sparmaßnahmen angesetzt. Auch die Linke in Syriza hatte einen Anteil daran, da sie sich weigert, den Kürzungen im Parlament zuzustimmen. Am 29. Juni gab es Massenproteste vor dem griechischen Parlament gegen das Sparpaket und für eine harte Haltung der Regierung.

Viel zu lange versuchte die Syriza-Regierung es den Institutionen in den Verhandlungen recht zu machen. Zu Mehrwertsteuererhöhungen und weiteren Maßnahmen ist sie bereit. Aber ihre Vorschläge zur Besteuerung von Unternehmen und Gewinnen, die vor allem die Reichen getroffen hätten, verängstigen die Herrschenden in Europa. Während Tsipras im letzten Brief an Kommissionspräsident Juncker fast allen Sparforderungen zustimmte, will die Merkel-Regierung jetzt keinen Kompromiss mehr, sondern den Sturz dieser Regierung.

Es gibt eine massive Mobilisierung gegen das Sparpaket – trotzdem kann die Abstimmung knapp werden. Die Syriza-Regierung strahlt keine Klarheit aus, was nach einem erfolgreichen „Nein“ passieren soll. Wird sie nur wieder auf Verhandlungen setzen oder entschlossene Maßnahmen ergreifen?

Deshalb müssen die Arbeiterklasse und Bewegungen aktiv werden und diskutieren, mit welchem Programm Sparpakete zu verhindern und die Wirtschaft und Versorgung wieder aufgebaut werden kann. Es muss diskutiert werden, wie der Widerstand ausgebaut und ausgeweitet werden kann und wie von unten demokratische Strukturen aufgebaut werden, die über alle gesellschaftlichen Belange und die Wirtschaft das Sagen haben.

Die griechische Schwesterorganisation der SAV, Xekinima, tritt dafür ein, dass die Kapitalverkehrskontrollen aufrechterhalten werden, um zu verhindern, dass Reiche und Unternehmer noch Geld ins Ausland zu transferieren. Die Schulden sollen nicht gezahlt werden. Sie kämpft für ein sozialistisches Programm aus Schuldenstreichung, Bankenverstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Planung der Produktion (siehe Xekinima Stellungnahme auf der Rückseite).

### Solidarität

Internationale Solidarität gegen die Kürzungspolitik ist dringend notwendig. Wenn die Kürzungspolitik in Griechenland erfolgreich ist, wird die Austerität europaweit alle noch härter treffen. Deshalb sind mehr als nur symbolische Aktionen nötig. Die Gewerkschaften und LINKE sind gefordert, der Heuchelei entgegen zu treten

und Aufklärungskampagnen zu organisieren. Mit allen Mitteln muss klar gemacht werden, dass die ganzen Rettungspakete vor allem bei den Banken gelandet sind und dass die normale Bevölkerung egal ob in Griechenland oder Deutschland nicht für die Krise zahlt. Internationale Aktionen, Proteste und Streiks müssen organisiert und vorbereitet werden.

Gewerkschaften und LINKE brauchen dafür ein korrektes Programm. DIE LINKE ist gegen die europäische Kürzungspolitik aufgetreten und hatte sich mit der griechischen Bevölkerung solidarisch gezeigt. Doch stimmte die Mehrheit dem letzten Rettungspaket zu. Ein Teil der Partei argumentiert jetzt für eine Lösung innerhalb des Euro und innerhalb der Europäischen Union um jeden Preis. Über den richtigen Kurs muss dringend diskutiert werden.

Die SAV unterstützt die beim letzten Bundesparteitag beantragte und beim Linksjugend [solid] Bundeskongress beschlossene Forderung nach einer „Unterstützung einer griechischen Linksinregierung, die Maßnahmen zum Bruch mit der Politik der Austerität und des Neoliberalismus ergreift, wie die demokratische Verstaatlichung von Banken, Enteignung von Reedern und Kirchengrundbesitz, Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einem staatlichen Außenhandelsmonopol – auch wenn das den Bruch mit EU und Euro bedeuten sollte.“

### Aktiv werden!

Die SAV ist Teil der internationalen Protestaktionen gegen die Kürzungspolitik. Die griechische Schwesterorganisation Xekinima wirbt für ein Nein beim Referendum und verteilt dafür 150.000 Flugblätter und 3.500 Zeitungen. Sie ist Teil einer Nein-Kampagne von Basiskomitees in den Stadtteilen, an denen sich Mitglieder verschiedener linker Organisationen gemeinsam beteiligen. Werde mit uns gemeinsam aktiv für ein sozialistisches Europa.

### Krise beenden – Kapitalismus abschaffen

- ★ Nein zu ESM und Fiskalpakt. Nein zur Erpressung der Troika
- ★ Streichung der Schulden der Südländer und Verstaatlichung aller Banken bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- ★ Überführung der Banken und Konzerne in Öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaftskomitees und die arbeitende Bevölkerung
- ★ Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit – demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt
- ★ Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung
- ★ Für sozialistische Demokratie weltweit

# Klares „Nein“ in Griechenland

Am Sonntag, dem 5. Juli, werden wir „Nein“ sagen zur Bande der Kreditgeber!

Erklärung von Xekinima vom 27. Juni 2015 (Schwester-organisation der SAV und Sektion des CWI in Griechenland)



Am Ende hat die Regierung unter der Führung von SYRIZA noch die richtige Entscheidung getroffen! Zur Frage, wie mit der vorgeschlagenen Vereinbarung mit den Kreditgebern zu verfahren ist, wird nun das griechische Volk befragt.

Die Zugeständnisse der Regierung haben die sogenannten „Institutionen“ maßlos arrogant werden lassen. Sie wollten die neue Regierung zur Kopie ihrer Vorgängerregierung aus konservativer Nea Dimokratia (ND), sozialdemokratischer PASOK und liberaler Potami-Partei machen, um auch SYRIZA dazu zu zwingen, dieselbe Art von Politik umzusetzen. Man wollte SYRIZA in die Knie zwingen, um nicht nur die Partei sondern auch die griechische Regierung der Lächerlichkeit preiszugeben und das ganze griechische Volk zu bezwingen. Damit sollte ein Exempel statuiert werden, um alle anderen Völker in Europa, die es wagen sollten, das Diktat der „Institutionen“ infrage zu stellen, zu warnen.

Die SYRIZA-Regierung hat nun „Nein“ gesagt! Letztendlich war es ein klares und lautes „Nein“, das Europa ins Wanken bringen und jeden Winkel der Erde erreichen kann!

Die Bevölkerung Griechenlands (und damit meinen wir die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, die verarmten Schichten und die Kleinbetriebe sowie die Mittelschicht, die durch die kapitalistische Krise zerstört worden ist) muss den Kampf für ein „Nein“ beim Referendum mit ganzer Kraft führen.

Auf der anderen Seite werden die Organisationen und Strukturen, die zur Reaktion gehören, all ihre Kräfte zusammenbringen. Die Bankiers, Schiffseigner und Reeder, Industrielle, die großen Bauunternehmer, die Massenmedien, das Establishment der EU, die internationalen Organisationen und die multinationalen Konzerne – sie alle werden uns zu „überzeugen“ versuchen, dass wir der Katastrophe entgehen, wenn wir mit „Nein“ stimmen sollten.

Eine Katastrophe wäre es, wenn wir für die Maßnahmen stimmen würden, die die Gläubiger umgesetzt wissen wollen. Es geht dabei um Maßnahmen, die eine Fortsetzung exakt derselben Politik bedeuten würden, die in den letzten fünf Jahren zur Anwendung gekommen ist. Dadurch ist die Wirtschaft Griechenlands ja erst zerstört worden, was zur sozialpolitischen Katastrophe geführt hat.

Diese „Ladies“ und „Gentlemen“ besitzen die Kaltschnäuzigkeit, uns erzählen zu wollen, dass wir ein Desaster auslösen werden, wenn wir



„Nein“ zu denen sagen, die die momentane gesellschaftliche Katastrophe verursacht haben. Es sind genau dieselben Lügner, die von Anfang an behauptet haben, dass ihre Politik „unsere“ Probleme lösen könne, dass damit neues Wachstum kommen und unsere „Rettung“ kurz bevor stehen würde. Und dann haben sie uns noch gedemütigt und uns als „faules“, „korruptes“ und „nutzloses“ Volk beschimpft, das nur ihr Geld und ihre Zeit stehlen würde.

## Jetzt ist es an der Zeit für eine angemessene Antwort!

Wir müssen uns gleichzeitig darüber im Klaren sein, dass ein „Nein“ beim Referendum und ein „Nein“ zu den Kreditgebern den Austritt des Landes aus der Eurozone bedeutet. Der Wechsel von einer starken internationalen Währung wie dem Euro hin zur Drachme, der Währung einer kleinen Volkswirtschaft, birgt Gefahren. Doch diesen Gefahren können wir begegnen, wenn die korrekte Politik zur Anwendung kommt. Es muss zum Bruch mit dem aktuellen maroden System kommen.

Die Propaganda der Vertreter des Kapitals, wonach die Rückkehr zur Drachme dem „Eintritt ins Höllenfeuer“ gleichkommt, ist eine große Lüge. Diese Propaganda kommt von Menschen, die die Lüge zur Kunst erhoben haben.

Die Hölle wartet auf uns, wenn wir auf dem Weg des Kapitalismus bleiben. Durch eine Reihe von Maßnahmen ist es möglich, die griechische

Volkswirtschaft wieder auf die Füße zu bringen. Darüber ist neues Wachstum möglich und dass den Interessen der Gesellschaft statt der Profitgier der Reichen entsprochen wird. Umgehend müssen Kapitalkontrollen eingeführt werden, damit das Großkapital daran gehindert werden kann, sein Geld und seine Profite ins Ausland zu schaffen. Der Reichtum, der durch unsere Arbeitskraft geschaffen wurde, muss im Land bleiben. Es müssen Obergrenzen für wöchentliche Banktransfers eingeführt werden, die hoch genug angesetzt sind, um den Bedürfnissen der Familien aus der Arbeiterklasse und den Kleinbetrieben zu entsprechen. Die Geschäftsbücher müssen offengelegt werden, um zu verhindern, dass die Kapitalisten ihre Bankreserven abziehen.

Wenn Zahlungen an IWF und anstehen, dann müssen wir sagen: „Wir werden nicht zahlen! Wir haben genug gezahlt, das sind nicht unsere Schulden, wir werden dafür nicht mehr zahlen!“

Es gibt keinen Zweifel, dass das Kapital jeden Versuch sabotieren wird, mit dem die Wirtschaft wieder auf die Beine gebracht werden soll. Von daher ist es absolut notwendig, alle Banken zu verstaatlichen. Eigentum, Kontrolle und Geschäftsführung der Banken müssen an die Gesellschaft übergehen. Danach müssen die Schlüsselindustrien unter die Kontrolle und Geschäftsführung durch die Gesellschaft und die Beschäftigten gestellt werden. Auf diese Weise wäre es möglich, die Produktion und die Verteilung der Güter zu planen, um den Bedürfnissen der arbeitenden Massen zu entsprechen – und die Wirtschaftsweise zu beenden, die nur an den Interessen der Reeder und Industriellen ausgerichtet ist.

Heute ist ein historischer Tag! Seht euch die Panik an, die den Vertretern der herrschenden Klasse ins Gesicht geschrieben steht und die aus den Presseerklärungen von ND, PASOK und Potami hervorgeht! Und freut euch darüber! Für die ArbeiterInnen, die Armen, Erwerbslose und Verzweifelte ist dies ein großartiger Tag! Das Lächeln kann auf die Gesichter zurückkehren!

Gleichzeitig müssen wir aber alle SYRIZA auffordern, den Kampf nicht auf das Referendum zu beschränken. Die Partei muss mutig und entschlossen weitere Schritte unternehmen, um dem Großkapital die Macht aus den Händen zu nehmen. Die Schlüsselindustrien müssen in öffentliche Hand übergehen und der demokratischen Planung unterstellt werden. Die Kontrolle darüber und die Geschäftsführung müssen an die

Gesellschaft und an die Beschäftigten übergehen, um ein für alle Mal die Ausbeutung der Arbeit, die Skandale, die Korruption und die Plünderi zu beenden.

Mit solchen entschiedenen sozialistischen Maßnahmen können wir neue Hoffnung schöpfen – nicht nur für die Menschen in Griechenland. Damit können wir zu einer Art von Katalysator für die Völker Europas und der ganzen Welt werden.

Die „Institutionen“ wollen in Griechenland einen „Regime-Wechsel“. Sie haben Angst davor, dass ähnliche Bewegungen überall in Europa entstehen könnten, wenn in Griechenland Widerstand gegen das Vorgehen der herrschenden Klassen geleistet wird. Letztere wollen die Kosten für die Krise des Kapitalismus den Mittelschichten und der Arbeiterklasse aufbürden.

Und ihre Sorge ist berechtigt. Der Widerstand der arbeitenden Menschen in Griechenland kann Anstoß für ähnliche Bewegungen in anderen Ländern sein. Das ist auch der Grund dafür, weshalb vor allem die Regierungen in Irland, Portugal und Spanien dem griechischen Volk gegenüber so feindselig eingestellt sind: Sie machen sich Sorgen um ihre eigene Zukunft. ■

## Das deutsche Kapital und die Griechenland-Krise

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte: „Die Probleme liegen allein in Griechenland, nicht außerhalb. Und schon gar nicht in Deutschland.“ **Stimmt nicht.**

Den Herrschenden in der Bundesrepublik kommt gleich eine mehrfache Verantwortung für die Krise von Hellas zu:

### Verbrechen des deutschen Faschismus (neben dem italienischen):



Zwischen 1941 und 1944 von den Nazis besetzt, erzwang der NS-Staat von Griechenland 1942 eine Anleihe in Höhe von 476 Millionen Reichsmark.

Selbst die FAZ musste eingestehen, dass die Merkel-Regierung dies nicht so einfach abtun kann: „Die Rechtslage ist hier keineswegs eindeutig.“ Umgerechnet steht Griechenland heute eine Entschädigung von etwa elf Milliarden Euro zu.

### Auflagen für die Sparbeziehungsweise Kürzungspolitik:

Alle relevanten Bundestagsbeschlüsse zur Griechenland-Krise waren mit direkten Vorgaben zum Sozialraub verknüpft. Zum Beispiel war die Abstimmung im Bundestag vom 27. Februar 2015 „untersetzt“ mit einem elfseitigen Spardiktat – als Prämisse für weitere Rettungspakete (an die Banken). Unter anderem wurde explizit eine „Kürzung der Aufwendungen für Arzneimittel um mindestens 1.076 Millionen Euro im Jahr 2012“ verlangt.

### Schmiergeldzahlungen deutscher Unternehmen in Griechenland:

Allein die Deutsche Telekom (für die Übernahme der griechischen Telefongesellschaft OTE), Rheinmetall (für die Abnahme von Panzerhaubitzen), Siemens (U-Bahn und anderes), MAN-Ferrostal (U-Boote), Krauss-Maffei-Wegmann (Panzer) erkaufte sich zwischen 1998 und 2010 für mindestens 200 Millionen Euro griechische Politiker, Manager und Militärangehörige, um diese Geschäfte sicherzustellen. ■



Vodafone Griechenland entließ im Juni GewerkschaftsaktivistInnen um Widerstand bei ausgegründeten Tochterfirmen zu unterdrücken. Dagegen organisierte das CWI und die SAV in mehreren Städten, wie zum Beispiel in Hamburg, Protestaktionen. Allen Angriffen von internationalen Konzernen muss internationaler Widerstand entgegengesetzt und dafür auch die DGB Gewerkschaften in die Pflicht genommen werden.

Für eine kämpferische und sozialistische LINKE

# SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info 030 / 247 238 02 info@sav-online.de  
facebook.com/sozialistischealternativesav